

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574
Postfachkonto Dresden Nr. 1486. — Stadtkontenkonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum in amtlichen Teilen 60 Pf., unter Einrechnung 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsstelle von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.

Verantwortlich für die Redaktion: J. S. Dr. Fritz Klauber in Dresden.

Nr. 215

Dresden, Dienstag, 15. September

1925

Der Sozialdemokratische Parteitag in Heidelberg.

Die Aussprache über den sächsischen Parteikonflikt.

Heidelberg, 14. September.

Am ersten Verhandlungstag des Parteitages wurden in der Vormittags-Sitzung die Beschlüsse über die Politik des Parteivorstandes entgegengenommen. In Bezug auf den sächsischen Parteikonflikt machte die Stellung des Parteivorstandes nach mehrerem Erwägungsgefühl geltend. So zufriedenstellend auch der Verlauf der Debatte darüber war, einen Anhaltspunkt für einen möglichen Abschluß der Differenzen hat sie leider nicht ergeben. Für die Fraktionsmehrheit sprach Bethe-Dresden, ohne die Einigungsmöglichkeit zu bestreiten. Seine Ausführungen galten nur der Abwehr, wie auch Lipinski für die sächsische Organisation lediglich die Verteidigung der von ihm und seinen Freunden verfolgten Politik im Auge hatte. So bleibt der unter dem Vorsitz Zieglers gebildeten

Der Kommission

die Aufgabe vorbehalten, die beiden Richtungen einander näher zu bringen. Dieses zweifellos nicht leichte Werk dürfte aber nur dann vollkommen sein, wenn die Lösung des Konflikts, wie Stellung sagte, weder Sieger noch Besiegte auf dem Kampffeld verläßt.

In der Eröffnungsrede teilte der Vorsitzende mit, daß die Aussprache über den Sachkonflikt zu erledigt werden soll, daß ein Vertreter der sächsischen Organisation und ein Mitglied der sächsischen Landtagsfraktion das Wort in der Debatte erhalten sollen. Dann soll die Angelegenheit einer Kommission überwiesen werden. Der Parteitag billigte diesen Vorschlag einstimmig.

Stellung

fährte in seinem Bericht über die Politik des Parteivorstandes zu dem sächsischen Konflikt u. a. folgendes aus:

Hätte der Geist der Kameradschaftlichkeit auch alle sächsischen Genossen beherrscht, so hätte der Sachkonflikt unendlich die Folgen annehmen können, die er heute hat. Der Vorstandsbereich schiedert ganz objektiv chronologisch Entstehung und Verlauf des Konflikts. Entsprungen ist der Streit aus der Frage unserer Beteiligung an Koalitionsregierungen.

Ein Begründungsartikel eines sächsischen Parteiblattes fand, daß dieses Thema die Kernfrage des Parteitagess sein müsse. Im Gegenteil: wie werden darüber sehr wenig zu reden haben, weil die übergroße Mehrzahl der Partei einzig in, daß wir die Koalitionsfrage praktisch von Fall zu Fall entscheiden und grundsätzlich das Zusammengehen mit dem uns näherstehenden bürgerlichen Parteien zur Erreichung bestimmter politischer Ziele gestattet.

Was macht dem Parteivorstand zum Vorwurf, daß er mit roher Hand in die Entwicklung des Sachkonflikts eingegriffen habe, als damals der militärische Einmarsch in Sachsen erfolgte. Aber der Parteivorstand mußte damals verhindern, daß auch noch Sachsen völlig in die Hände der Reaktion fiel.

Dann mußte der Parteivorstand in Sachsen die Politik führen, die entsprechend dem Beschluß des Reichsparteitages von Berlin von den Genossen der Fraktionsmehrheit betrieben wurde. Diese Genossen haben sich in ihrer großen Einsicht gebunden gefühlt und hätten können durch den Parteivorstand.

Es ist bedauerlich genug, daß es zur Spaltung der Fraktion kommen mußte, daß die Einigungsversuche, die in der Kommission unter Vorsitz von Heilmann gemacht wurden, nicht zum Ziele führten.

Unsere Bemühungen gingen immer wieder auf eine Einigung in Sachsen hinaus. Nachdem unsere Vorschläge abgelehnt waren, haben wir die Organisationsleistungen er sucht, und Vorschläge zu machen; sie haben Vorschläge gemacht, die bei der damaligen Situation nicht durchführbar waren. Dann haben wir selbst den Vorschlag gemacht, daß durch eine partielle Kommission unter Vorsitz der sächsischen Fraktion ein außerordentliches Schiedsgericht eingesetzt wurde, um endgültig den Streit zu schlichten. Die Fraktionsmehrheit hat dem zugestimmt, die Fraktionsminderheit hat den Vorschlag abgelehnt. Wir sind über-

zeugt, wenn dieser Vorschlag angenommen worden wäre, wir uns heute mit dem Sachkonflikt nicht mehr zu beschäftigen brauchen. Weiterhin haben wir alles getan, um zunächst schnell zur Erledigung der Landtagsanträge zu kommen.

Wie wird die Lösung zu suchen sein? Die einen sind sehr schnell fertig mit dem Urteil: die 23 sind Disziplinbrecher und infolgedessen auszuschließen. So kann man aber einen tiefgreifenden Konflikt nicht lösen. Dadurch würde man das Feuer nicht löschen, sondern wieder auflockern lassen. Wir müssen uns also auf den Boden des Antages stellen, den der Parteivorstand in seiner Entscheidung vom 3. Juni angenommen hat:

Daß zunächst solange an Landtagsauflösung nicht gedacht werden kann, als ein gemeinsames Handeln innerhalb der Fraktion nicht möglich ist. Dann aber so rasch als möglich Auflösung des Landtags und Wiederherstellung der sächsischen Fraktion als Voraussetzung der Organisation der Kandidaten unter Berücksichtigung aller Richtungen vorgenommen werden müssen.

In der Diskussion über den Vorstandsbericht erhielt zunächst als Vertreter der sächsischen Fraktionsmehrheit das Wort:

Bethe-Dresden:

Er führte u. a. aus: Wir hätten es lieber gesehen, wenn der Zeit zuerst gelöst worden wäre, der in Artikel und Anträgen vorwärts gegen die Fraktionsmehrheit erhoben hat, damit wir diese Vorwürfe zurückweisen konnten.

Aber die 23 haben sich niemals im sächsischen Streit als schuldig gefühlt. Sie sind stolz der Auffassung gewesen, daß das, was sie getan haben, im Einklang mit dem Gesamtinteresse der Partei stand.

Wir haben uns auf den Parteitag gestellt, wo wir endlich einmal vor der Partei das sagen können, was uns bisher in der Parteipresse und in Versammlungen verweigert worden ist. Die Klagen, die in den letzten Wochen vor dem Parteitag in der Presse gegen uns erhoben worden sind, waren völlig einseitig. Seit gut einem Jahre sind wir aus dem Versammlungsleben ausgeschlossen. Wir dürfen unsere Meinung auch nicht sagen, als wir noch Mitglieder waren. Seit zwei Jahren hat man uns auch von Referaten in den Versammlungen ausgeschlossen. Selbst präparative Besprechungen wurden uns verweigert. Nun zur Sache selbst. Der Kern der Streites ist die große Frage: Staatsbejahung oder Staatsverneinung! Auf der anderen Seite wird gesagt: Jedes Partieren mit dem Bürgertum zweifelt die Republik ist eine Toben im Klassenkampfischen Geist der Sozialdemokratie und führt zur Verumpfung. Es hat schon im Reich gegenüber der Koalitionsopposition Parteimaschinen gegeben, die diese Politik nicht verstanden, so ganz besonders in Sachsen. Ein Teil der vereinigten Partei war vor der Vereinigung gegen jede Koalition selbst mit Sozialdemokraten und als man sich vereinigte, war diese Auffassung nicht tot und fand lebendigen Widerhall bei den Kommunisten und in der proletarischen Mehrheit. Da haben wir uns still gelassen, aber es zeigte sich in Sachsen bald, was wir jetzt alle wissen, daß die Kommunisten in das Parlament nur zogen, um den parlamentarischen Sozialismus zu diskreditieren. Kurz vor dem Reichstag wirkte weitaus mehr als durch sie in Sachsen verwickelt und mußten unsere wertvollen Regierungen opfern. Männer wie Bud und Lipinski mußten ihren Abschied nehmen. Verloren die Zeit wurde monatelang mit Reisen verbracht. Es wird erannt die Landesparlamenten

daß mit diesen Kommunisten praktische Arbeit nicht zu leisten war; sie empfahlen notgedrungen die Koalition mit den Demokraten, um die Staatsmaschine wieder in Gang zu bringen. Jetzt geschah das Ungeheuerliche: Eine in jahrelanger Parteiarbeit geschaute Parteileitung wurde abgesetzt, die Landtagsfraktion in ihrem ureigensten Element ausgeschaltet und die

Diktatur einer Siebener-Kommission

aufgestellt. Hätte der Parteivorstand damals durchgegriffen — er hatte freilich damals im Reich alle Hände voll zu tun — dann gäbe es heute keinen sächsischen Parteikonflikt. (Zurufe von sächsischer Seite: Demokratische Disziplin! Reden Sie doch nicht von Disziplin!) Wo war denn Demokratie und Disziplin, als man die Diktatur in der Siebener-Kommission aufstellte? Da wurden heimliche Abmachungen mit den Kommunisten geschlossen, da wurden Hunderttausende durch diese Situation

Ministerium Zeigner.

Es sprache über den Mann nicht, er ist eben politisch tot. Die Regierung dieses wandelstumpfen, einschüchternen Politikers mußte natürlich zum Zusammenbruch führen. Die Kommunisten hielten zwei Minister. Drandler sollte als Ministerialdirektor die Herrschaft über die Politik bekommen.

Die Kommunisten ganz Deutschlands wurden nach Chemnitz zusammengerufen, um den Kontakt zum Bürgerkrieg zu vollziehen, und die russischen Antriebe waren mit ihren Photographen zur Stelle, um den historischen Moment der Auslösung des Generalstreiks für ganz Deutschland anzunehmen. Es gelang nicht, aber die Reichsregierung sah dadurch einen billigen Vorwand, in das rote Sachsen einzumarschieren.

Ultimatum der Reichsregierung

auf Entfernung der kommunistischen Minister. Wenn damals die sächsische Parteileitung etwas politischen Verstand gehabt hätte, hätte sie einlenken müssen, wie übrigens Zeigner und Krat hatten nur die revolutionäre Werkzeuge. Obwohl Sachsen nicht größer ist wie Berlin, legten sie einen Nachweis an den Tag, der in seiner Reichweite erbaulich war. Sie sprachen das revolutionäre Wort — die Reichswehr marschierte und der Diktator einzog kam. Zwar sollten Parteivorstand und Generalkommission die Parole zum Generalstreik geben, wo Hunderttausende Arbeiter auf der Straße lagen und nichts zu essen hatten. So wollten es die Generalkommissionen Wöllcher und Schewitz, und wer nicht mitmachte, war Verräter. Dabei hätten Sie einmal in Sachsen die revolutionären Massen streifen lassen sollen! Die größten Schreier gingen überhaupt nicht aus dem Betrieben und noch nie ist ein Streik so jammervoll zusammengebrochen. Was wir in mühseliger Arbeit erreicht hatten, drohte zerfallen zu werden. Wir brauchen um jeden Preis die Entfernung des Diktators und eine regierungsfähige Regierung.

Ministerium Zellisch

zustande mit Unterstützung der Demokraten und unter stillschweigender Billigung der Deutschen Volkspartei. Aber wieder fanden die Leute mit dem revolutionären Man kein anderes Ziel, als die neue Regierung zu zerlegen. Sie ließen die Demokraten so lange vor den Kopf, insbesondere Liebmann, bis sie uns vor die Frage stellten: Auflösung des Landtags oder große Koalition? In jener Zeit waren unsere Zeitungen geschwächt, die Gewerkschaften schwach, die Partei auf 50 Prozent zusammengeschrumpft. Verzeiwung trieb die Massen in das Lager der Demagogen. Da wollten wir nicht durch Neuwahlen das Land den Bolschewiken und Deutschnationalen ausliefern. Wie richtig wir gehen haben, beweisen die Gemeindevahlen. Vor den Neuwahlen hatten wir in 15 von 28 Bezirken die Mehrheit, danach in keinem.

Auf dem Berliner Parteitag wurde ausgedrückt, was man uns wegen Bildung der großen Koalition 1/2 Jahre lang an Schande und Schmach angetan hatte. Aber schon 8 Wochen später ging die Hege, diesmal unter Führung Lipinski's, wieder los. Vorwand bei der Beamten-

abbau, bei dem vielleicht Richter vorgekommen sind, aber bei dem wir im ganzen durchaus bestehen können. Wir haben 13 1/2 Prozent höhere Beamte und 11 1/2 Prozent höhere sozialistische Beamte abgebaut. In Preußen, Baden und Braunschweig hat kein Mann danach geklagt, aber wegen uns hat man den Abbau schwächerer Kräfte und die notwendigen Konzeptionen an das Militär schamlos ausgedeutet. Wir haben in Sachsen

ein wahres Martyrium

aussehen müssen. Alle Angehörigen unserer Richtung wurden gefändigt, zuerst ich selbst, der ich 12 Jahre als Parteiführer allein in Sachsen tätig war. Wir wandten uns beschwerdeführend an den Parteivorstand. Er sandte uns erneut die Sachkommission des Berliner Parteitages. Genosse Heilmann bezeichnete die Reichstagsauflösung des Dezember als ein Geschenk des Himmels. Wir sollten gleichzeitig in Sachsen auflösen und uns über die Kandidatenfrage verständigen. Aber die Gegenpartei hat niemals ernsthaft die Heilmannschen Vereinbarungen durchzuführen beabsichtigt. Fortwährend wurde einseitig an den Vereinbarungen gearbeitet und die Kandidatenaufstellung so spät angelegt, daß der Parteivorstand nicht mehr hätte eingreifen können.

Lebhaft beschloß der Parteivorstand und Parteitag, daß wir die Vereinbarungen nicht eher durchführen sollten, ehe nicht die Erfüllung der Abmachungen gesichert sei.

In der Tat hätte die Landtagsauflösung nur den Deutschnationalen einen Gewinn erwiesen. Ihr Führer erklärte im sächsischen Landtag, daß durch Neuwahlen Sachsen auf den Weg zurückerhalten werden müsse und daß die Kämpfe auf der Linken jetzt sicheren Erfolg versprechen. Das Wahlergebnis vom 7. Dezember zum Reichstag war in Sachsen äußerst günstig, weil hier der sächsische Streit keine Rolle spielte. Aber selbst wenn diese Wahl in den sächsischen Landtag eine bürgerliche Mehrheit gebracht hätte, was hätte das bedeutet in Sachsen mit seinen schroffen Klassenverhältnissen und dem seit Zeigner aufgeheizten Haß? Bei dieser Reichstagswahl hat die sogenannte Linke alle Vermittlungsversuche abgelehnt. Wir haben inzwischen trotz aller schweren Bedenken allen Vorschlägen zugestimmt, die im Interesse der Einigung gemacht worden waren.

Dann kam die Hindenburg-Regierung. Was die „Münchener Post“ darüber geschrieben hat, ist ein Artikel Lipinski's (Dort, dort!) Von den führenden Zuständen wurden damals Beschlüsse gefaßt, die die Beschlüsse des Parteivorstandes als Anfinn, als parteigefährlich hinstellten, und diese Beschlüsse wurden in der ganzen sächsischen Partei verbreitet.

Das Ergebnis dieser glänzenden Führung war, daß im roten Sachsen Hindenburg über Sozialdemokraten, Kommunisten, Lemotaten und Zen-

Die sächsische Landwirtschaftskammer für Wiedereinführung der Einfuhrzölle.

Die Landwirtschaftskammer hat sich an das Wirtschaftsministerium gemeldet mit der Bitte, sich für den sofortigen Erlass der Wiedereinführung der Einfuhrzölle einzusetzen. Seit mehreren Jahren hat die deutsche Landwirtschaft ihre Getreide unter Weltmarktpreis abgeben müssen. In den Verhandlungen über die Änderung des Zolltarifs ist jedoch allgemein anerkannt worden, daß man zum weiteren Bestand der Landwirtschaft die Weltmarktpreise zum mindesten wieder erreichen müsse. Die geographische Lage der sächsischen Überschussgebiete erschwert den Absatz des dort erzeugten Getreides ganz erheblich durch die Verdrängung der hohen Sahntarifen. Das im Osten erzeugte Getreide wird deshalb auf den Preis, besonders auch in Mitteldeutschland drücken, sobald die an sich viel zu niedrigen Zölle ohne jede Wirkung bleiben dürften.

Landtagsabgeordneter Rood

Der Landtagsabgeordnete Zimmermeister Rood Dresden ist letzte Nacht gestorben. Er gehörte der Deutschen Volkspartei an und war Mitglied des Reichstages.

Die Verhandlungen in Genf.

Kommissionsberatungen.

Genf, 14. September.

trum mit 70 000 Stimmen liegen konnte. (Höll'sche) Das war der glänzende Erfolg dieser Strategie und als Abänderung kam nun der Scherz: Selbst die Reaktion marciert! Sie haben die Gemeindeforderung verhandelt. Dabei ist die Gemeindeforderung viel besser und demokratischer als alle anderen.

Dann wurde uns vorgeworfen, wir hätten gegen den Achtstundentag gearbeitet. In Wirklichkeit hatten die Kommunisten im Landtag einen Antrag über soziale Fragen. Er kam im Ausschuss zur Verhandlung und dabei setzten sie den Antrag: Die Regierung soll für das Washingtoner Abkommen eintreten. Das Kabinett erklärte: Wir haben bisher im Reichsrat und sonst auf dem Standpunkt des Achtstundentages gestanden und werden weiter in diesem Sinne wirken. Daraufhin erklärten wir uns mit dieser Formulierung der Regierung im Ausschuss einverstanden. Jetzt macht man daraus, wir hätten den Achtstundentag verraten.

So wird die Öffentlichkeit systematisch irreführt. Ich könnte Ihnen mit Hunderten solcher Beispiele dienen.

Warum sind wir den Weisungen des Parteivorstandes nicht gefolgt? Wir achten die Gründe des Parteivorstandes, aber sein Entschluß brachte uns in eine Situation, die kein verantwortlicher Sozialdemokrat und Parlamentarier ertragen konnte. Nachdem wir die Koalitionspolitik eingegangen waren, mußte gegenseitiges Vertrauen herrschen. Aber der

Antrag auf Auflösung des Landtages

kam ganz plötzlich, ohne daß eine Möglichkeit vorhanden war, und mit den Koalitionsparteien zu verhandeln. Wir sollten plötzlich ohne Verhandlung und ohne Grund für die Landtagsauflösung stimmen auf Befehl des Parteivorstandes. Der Parteivorstand hat wohl in diesem Falle die Haltung seines Vorgesetzten nicht klar genug übersehen. Wir sind seiner Meinung nicht gefolgt. Zurteilen Sie und deshalb. Wir glauben aber auch damit dem Interesse des Proletariats gebieten zu haben.

Als Vertreter der sächsischen Parteiorganisation sprach

Lipinski:

E. Jähle u. a. antwortete: Nach dem Sturz der Regierung mußte die Partei vor der Frage, ob nun mit den Demokraten regiert oder nochmals mit den Kommunisten verhandelt werden sollte. Die Bezirksvorstände entschieden sich im März 1923 für das Zusammengehen mit den Demokraten, aber nur mit knapper Mehrheit. Der Landestagsparteitag mußte aber mit großer Mehrheit das Zusammengehen mit den Kommunisten. So wurde die Einheitskommission eingesetzt, die in der Tat ein Fremdkörper in der Organisation der Partei ist.

Nach der Reichsregierung in Sachsen wurde das Kabinett förmlich gebildet und bald wieder gestürzt. Es bestanden schon in jener Zeit mehrere Parteitagbeschlüsse, wonach eine Koalition vor dem Reichstag sein könne, wenn sie im Einverständnis mit der Partei beschlossen wurde. Nun war für den 6. Januar 1924 die Landesversammlung einberufen, um zur Regierungsbildung Stellung zu nehmen. Aber am 4. Januar wurde die große Koalition beschlossen. Heute endlich hat sich der Parteivorstand durch Stellung dazu bekannt, die Anweisung dazu gegeben zu haben. Der Konflikt in Sachsen ist deshalb so scharf geworden, weil man den Organisationen in Sachsen keine Mitteilung davon gemacht hat. Die Stellung der Partei zur großen Koalition hat überhaupt erst seit dem Berliner Parteitag geändert, der ausdrücklich beschlossen hat, daß Koalitionspolitik nicht

Der Montagvormittag war mit Kommissionsberatungen ausgefüllt. Das Fehlen tatsächlicher Verhandlungsgegenstände machte sich in den sehr akademisch gehaltenen Ausführungen aller Redner stark bemerkbar. Es wurden in der zweiten Kommission, die sich mit dem bereits erledigten österreichischen Problem beschäftigte, Stundenlang gegenseitig gehaltenen Ausführungen aller Redner stark bemerkbar. Es wurden in der zweiten Kommission, die sich mit dem bereits erledigten österreichischen Problem beschäftigte, Stundenlang gegenseitig gehaltenen Ausführungen aller Redner stark bemerkbar. Es wurden in der zweiten Kommission, die sich mit dem bereits erledigten österreichischen Problem beschäftigte, Stundenlang gegenseitig gehaltenen Ausführungen aller Redner stark bemerkbar.

Die Montag-Sitzung.

Genf, 14. September.

Bueno-Uruguay brachte in der Völkerbundversammlung einen Resolutionsentwurf ein, der den Rat mit einer Revision des Statuts des ständigen internationalen Gerichtshofes auf Grund der bisherigen Erfahrungen beauftragt. Apponyi-Ungarn erklärte: Wenn das Ergebnis der Arbeiten des Völkerbundes zugunsten der Minderheiten keine volle Berücksichtigung unter den Minderheiten gebracht hat, so liegt das besonders an gewissen Mängeln des Verfahrens bei der Behandlung der Petitionen der Minderheiten. Apponyi schlug vor, daß erstens zukünftig Petitionen von kirchlichen Verbänden, wirtschaftlichen Organisationen und Verbänden ähnlicher Bedeutung direkt, d. h. ohne vorherige Ermächtigung des Dreierkomitees, an den Völkerbundrat gehen können. Zweitens sollten während der Untersuchung über Minderheitenpetitionen deren Vertreter vom Räte gehört werden. Drittens sollten alle juristischen Fragen, die bei Streitfällen über Minderheiten anstehen, auf Ersuchen einer der beiden Parteien dem internationalen Gerichtshof vorgelegt werden. Zum Genfer Protokoll übergehend, entwickelte Graf Apponyi den Gedanken, daß in dem Teile Europas, in dem auch sein eigenes Land liegt, eine Regelung der Sicherheitsfrage durch regionale Sonderabkommen schwieriger sein würde als eine generelle Regelung, wie sie im Genfer Protokoll vorgesehen sei. Auf dem Wege von Sonderabkommen werde die von allen ersehnte allgemeine Sicherheit viel langsamer hergestellt werden können. Dem Genfer Protokoll komme aber außerdem eine besondere Bedeutung zu, weil es das Prinzip der Sicherheit mit dem der Abrüstung verknüpfe. Er beantragte deswegen, daß in dem von Quinones de Leon am letzten Sonnabend eingebrachten Resolutionsentwurf des Schlußparas dahin abgeändert werde, daß die Vorarbeiten für eine allgemeine Revision sofort aufgenommen würden, damit die internationale Ab-

stufungskonferenz in möglichst kurzer Frist einberufen werden kann. Er begründete diesen Abänderungsantrag mit dem Hinweis darauf, daß eine sofortige Aufnahme dieser Vorarbeiten für die öffentliche Meinung Europas ein wichtiges Verhandlungsmoment darstellen würde. Die Rede Apponyis fand wiederholt lebhaften Beifall, insbesondere auf Seiten der französischen Delegation. Kalfoss-Bulgarien trat ebenfalls für das Genfer Protokoll ein, das im Interesse der kleinen Staaten gelegen wäre, und erklärte, seine Regierung werde sich aber den jetzigen Bestrebungen zur Lösung der Sicherheitsfrage durch den Abschluß von Sonderabkommen nicht widersetzen. Im Namen der bulgarischen Regierung sprach Kalfoss sein Bedauern darüber aus, daß die bulgarische Regierung das im vorigen Jahre mit dem Völkerbundabgehandelte Protokoll zum Schutze der ausländischen Minderheiten in Griechenland nicht ratifiziert habe. In den Friedensverhandlungen sagte Kalfoss, daß sie, wie alles Menschenvermögen, androffkommen seien, und betonte in diesem Zusammenhang, daß Bulgarien einen freien Zugang zum Meer notwendig brauche. Galvanus-Jugoslawien stellte die Forderung auf, daß zum Schutze der Minderheiten eine für sämtliche Mitglieder des Völkerbundes verbindende Konvention ausgearbeitet werde, der später auch die Nichtmitgliedstaaten beitreten sollen. Er verlangte die Einsetzung einer besonderen Kommission zur Ausarbeitung eines Konventionentwurfes. Am Schluß der Vormittagssitzung machte der Vorsitzende die Mitteilung, daß für die allgemeine Aussprache, die am Dienstag vormittag fortgesetzt werde, noch fünf Redner eingeschrieben seien und daß er hoffe, die Generaldebatte am Dienstag abschließen zu können.

Der finanzielle Wiederaufbau Österreichs.

Genf, 14. September.

Der Ausschuss der sächsischen Kommissionen des Völkerbundes befaßte sich heute mit dem finanziellen Wiederaufbau Österreichs. Nach einem Bericht des Generalkommissars Zimmermann, der sich abermals für die schrittweise Aufhebung der Finanzkontrolle in Österreich aussprach, wies der österreichische Außenminister Mataja auf die erfolgreich durchgeführte Stabilisierung der österreichischen Währung hin und unterstrich die Verdienste des österreichischen Volkes, das entschlossen sei, eine neue Erschütterung seiner Finanzen zu vermeiden. Er persönlich sehe deswegen auch kein Bedenken, die vom Finanzminister und vom Völkerbundrat in der letzten Woche gestellten Bedingungen zur Aufhebung der Kontrolle anzunehmen. Die Vertreter Frankreichs, Englands, Italiens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens sowie auch der Vorsitzende gaben dem Wunsch Ausdruck, daß die alliierte Kontrolle in Österreich bald aufgehoben werde. Der Ausschuss nahm eine dahingehende Entschliessung an.

Lipinski kam dann auf die Hellmannschen Einigungsversuche zu sprechen. Wir haben die Fraktionsmehrheit nicht vor ein Ultimatum gestellt, sondern waren bereit, die Ausschlußanträge zurückzuziehen, wenn die Gemeindeordnungsnovelle zurückgestellt und die Auf-

einstufig auf Kosten der Arbeiterklasse betrieblen werden darf. Auch der Beschluß des Berliner Parteitag für Sachsen sollte nur gelten, solange die augenblickliche politische Situation die Auflösung des Landtags unmöglich macht.

lösung vorbereitet würde. Aber die Fraktionsmehrheit hat jede Einigung zurückgewiesen; ihre Taktik ging nur dahin, Zeit zu gewinnen und den Streit zu verschleppen. Deshalb war auch das Urteil der Schiedsgerichte verfehlt. Auf dem Dresdener Parteitag hat August Weibel aufeinandergezeigt, daß der einzelne Parteigröße in Mandat und Amt nur als Delegierter der Partei hineingeht und der Partei verantwortlich bleibt. Diese Verantwortlichkeit ist in Sachsen gerührt worden, weil die 28 glauben, zum Teil geführt auf den Parteivorstand, Politik gegen die Organisation treiben zu können. Der Parteitag muß seine Entscheidung fällen in dem Sinne, daß nicht jeder selbstherrlich Politik treiben darf, sondern der Organisation voll verantwortlich bleibt.

Darauf erklärten Weibel, Weiske und Stellung, das Wort zu persönlichen Erwiderungen nicht geben zu können. Sie sollen sich in der Sachfremdenkommission äußern.

Damit wurde die Debatte über den sächsischen Konflikt vorläufig abgeschlossen. Die Sachfremdenkommission trat sofort zusammen. Die allgemeine Debatte über den Vorstandsbericht wird am Dienstag, vormittag 9 Uhr fortgesetzt.

Die Ueberreichung des französischen Memorandums.

Berlin, 15. September.

Heute mittag 12 Uhr hat der französische Botschafter de Demange die dem Außenminister Dr. Stresemann das angeforderte Memorandum der französischen Regierung übergeben. Der Wortlaut des Memorandums wird am Donnerstag früh veröffentlicht werden. Es wird darin, wie die Blätter erzählen, lediglich festgestellt, daß es nach Auffassung der alliierten Regierungen wünschenswert erscheint, nunmehr eine Ministerkonferenz stattfinden zu lassen. Ein Ort hierfür wird nicht genannt. Hinsichtlich des Zeitpunktes halten die alliierten Regierungen Ende September oder Anfang Oktober für geeignet und erwarten eine deutsche Antwort hierauf. Die Antwort wird erst erfolgen, nachdem das Kabinett sich mit der materiellen Frage befaßt hat. Eine Kabinettsitzung ist für Montag einberufen worden. Erst danach wird weiterer über die materiellen und formellen Fragen gefaßt werden können.

Zu der bevorstehenden Außenministerkonferenz.

London, 15. September.

Der diplomatische Reichsminister des Daily Telegraph schreibt: Den wichtigsten und ersten Gegenstand der bevorstehenden Konferenz der Außenminister werde der eigentliche Rheinlandpakt mit seinen Anhängen, dem französisch-deutschen und dem belgisch-deutschen Schiedsverträge, bilden. Falls und sobald eine Vereinbarung erreicht sei, werde möglichst rasch das schwierige Problem des deutsch-polnischen und des deutsch-italienischen Schiedsvertrages in Angriff genommen werden. Hierbei würden der polnische und der tschechische Außenminister sich an den Erörterungen beteiligen, von denen sich die britischen Delegierten verhältnismäßig, wenn auch nicht völlig, fernhalten würden. Denn, wenn auch Großbritannien keine Verpflichtungen im Hinblick auf die europäischen Obergrenzen übernehmen wolle, könne es nicht mit Gleichgültigkeit die möglichen Folgen betrachten, die die Gruppe östlicher Verträge für England als Würgen der Westgrenzen in der entmilitarisierten Zone herbeiführen könnte.

Kunst und Wissenschaft.

Die Coschäper Heidenstauze.

Auf den Höhen südlich von Dresden, am Uferabfall des Flawenschen Grundes, liegt der letzte Schatz einer vorgeschichtlichen Wallanlage bei Dresden, die sogenannte Heidenstauze bei Coschäp. Trefflich ist der Platz ausgesucht: von drei Seiten stiler Abfall tief ins Tal der Weißeritz, und auf einer Seite Angriffslosigkeit; diese Seite deckte der Wall. Dazu ein umfassen der Wind über den gesamten Uferabfall. Dorthin führte am Sonnabend, den 12. v. M., der Leiter des Staatlichen Museums für Vorgeschichte, Dr. Bierbaum die Mitglieder des Vereines für Geschichte Dresdens. Auf der Höhe des erhaltenen Wallrests hat er einen Abriß der Vorgeschichte Dresdens. Diese beginnt, zeitlich unbestimmbar, mit der Auensteinzeit. Merkwürdig, dauernde Besiedlung ist erst seit der jüngeren Steinzeit nachzuweisen. Die Donauländische Kultur brachte den Menschen her bis zur Elbe vor. Auch die soeben Angegebene Kultur, nordischer Herkunft, machte an der Elbe Halt; erst die Schnurkeramik brachte sie auch über Sachsen aus. Die folgende Kupferzeit ist nur mit einem Wendenbecken in Eisen vertreten, um so reicher hat die Bronzezeit. Sie beinhalten mit der vorerwähnten Kultur (2000-1700 v. Chr.), die über die Böhmer Wälder aus Böhmen kam; das Land muß damals fast ödend gewesen sein. Nach einer fundamen Zwischenzeit tritt bis ca. 1400 v. Chr. die sog. Auenstein Kultur auf. Ihre Träger waren nicht Germanen sondern Illyrier, deren Zentrum an der Donau zu finden ist; westlich der Saale lagten die Kelten, nördlich vom Harz die Germanen, die erst um 500 v. Chr. in unser Land vorrückten. In dieser jüngeren Bronzezeit, zwischen 1400 und 500, ist die Coschäper Wallanlage geschaffen und benutzt worden. Absteigend

hunde bewiesen es; dagegen sind sie spärlich in der germanischen Zeit nach 500, und noch mehr in den Jahrhunderten der Völkerwanderung. Erst seit der Zeit der hawaischen Einwanderung, 600 nach Chr., ist Coschäp wieder besiedelt, wird die Stauze wieder benutzt, bis ins 11. Jh. Dann erlag sie, gemauerer Zeitpunkt ist unbekannt, dem Ansturm der Deutschen; ihre Kammern und Häuser aus Holz wurden verbrannt missamt den restigen darin aufgeschalteten Getreidevorräten. Bis zu einem Meter hat man die Massen verhöhten Getreides gefunden. Die Fälle der gemachten Funde, zumal an Eisen, ist sehr groß, bilden doch die Coschäper Funde den Grundstock der Staatl. Sammlung für Vorgeschichte. Und dabei sind es alles Gelegenheitsfunde seit etwa 1884; denn bis heute ist noch nie Geld dafür vorhanden gewesen, systematisch nachzugraben! — Anschließend wird Archivar Dr. Erabant auf die militärische Bedeutung hin, die diese Wenden infolge des tiefen Einsinkens des Weiserthales auch in neuerer Zeit, im 7-jährigen Krieg und während der Schlacht bei Dresden gehabt hat. Dr. R. R.

„Der Frechdachs“.

Eröffnung der Central-Theater. Luis Berner's Chebruchspiel, das jetzt von einem Gips-Ensemble des Neuen Theaters aufgeführt wird, ist ein typischer Beleg für die Kunst der Franzosen, aus einem grotesken Nichts ein unterhaltsames Stück zu machen. Das groteske Nichts ist der „Junge Mann“ in diesem Stück, der Frechdachs, der die reizende junge Gattin des Altknecht Thomeret bis in ihre Wohnung verfolgt, sich ihr als Diener anbietet, Privatsekretär bei ihrem Mann wird und ihr mit seinem zweifelhafte „Ich liebe Sie, ich werde Sie besitzen!“ folgende Zusätze, bis er am Ziel ist. Als widerlicher Umstand kommt ein Trottel von Ehegatte im Kutsch-

nung, der ein bezahltes Verhältnis mit der nicht-nutzenreichen Keinen Rose Pompon hat und unter dem epresserischen Druck des „Jungen Mannes“, der sich für deren schmerzlichen Liebeserzählung und mit Verzicht des Verhältnisses droht) nach dessen Pfeife tanzen muß. Bis schließlich Frau Adrienne, angewidert von den Winkelzügen und Albernheiten des Herrn Thomeret, dem ungleich tüchtlicheren und schlauneren Frechdachs gerät in die Arme fällt.

Das übermäßige Stöckchen wird unter der Leitung Otto Dittbergs sehr lustig gespielt. Der Dialog mit seinen wichtigen Punkten ist sauber durchgearbeitet, die schwankhafte Situation wirkungsvoll gestellt. Raoul Miller, der den Frechdachs mit Lillchenauer Überlegenheit gibt, hat zweifellos das Zeug zum Komödiant. Aber dieser Frechdachs könnte noch viel mehr aus sich herausgehen, sich viel leichter geben. Man hat manchmal das Gefühl, als schwänkte er noch zwischen verführerischen Stilen und Rollenstücken. (Als Kammion in den „Jedermann“-Spielen auf der Albrechtsburg wirkte er wiederum ganz andersartig; daffner, schwärzer.) Willy v. Hendrich als Thomeret: ein köstlicher Schwermüßigkeit mit realistischen Effekten. Als etwas unbeweglich und farblos empfand man Elisabeth Franka Adrienne. Das neblige Laster Rose Pompon macht Verti Werlowitz recht geschickl. Gänther Sanderson als bester Gauner und Spieler Kimbalt und Anne-Marie Walther als spekulative Jose Knette hatten ihre Rollen mit wackeligen Schritten aus. Man unterließ sich, sprudelte Beifall und Blumen. Dr. R.

Quintus Kadelburg's erster Durchfall. Quintus Kadelburg, der so erfolgreiche Bühnenschauspieler, hat in seinen Anfängen natürlich auch die Entdeckung eines Durchfalls auf der Bühne erleben müssen. Wie er sich aber sehr leicht und mit gutem Gumm damit abfand, hat er selbst in späteren Jahren einmal erzählt. Er hatte eine

Pfote geschrieen, die — es war vor etwa 50 Jahren — im alten Wallnertheater aufgeführt werden sollte. Kadelburg war bei der Eröffnung nicht zugegen, sondern in New York, wo der junge Kaufmann damals gastierte, und er erhielt die Nachricht von seinem Mißerfolg telegraphisch. „Ich hatte nicht die geringste Empfindung des Regens“, erzählte Kadelburg, „man glaubt gar nicht, mit welcher Ruhe man von New York aus auf den ausgiebigsten Durchfall in Berlin oder Wien betrachtet! Aber einige Wochen später schickte mir ein lieber Freund die Regensnoten! Die waren nun böse! Schauerlich! Und über die habe ich mich wirklich geärgert. Wie wurde ich da aber auch behandelt! ... gestimmt habe ich nicht! Boller Jungmann padte ich den ganzen Kram zusammen — Manuskript, Briefschaften und Kritiken! ... hinein damit in den Koffer! Später wanderten sie in den tiefsten Winkel einer Aktentasche und da haben sie verstaubt und verstaubt gelegen, bis ... bis Ihre Anfrage mir den Vorgang wieder in Erinnerung gebracht hat. Jetzt habe ich das Bündel wieder hervorgeholt und hab's durchgesehen. Wie hat sich das alles in den langen Jahren verändert! Das Bündel, das mir damals so gefallen hatte — heute mißfällt's mir im höchsten Grade! Und die Kritiken, die mich damals so gekränkt hatten ... die waren ja einfach glänzend! Herr Gott ... wenn ich jetzt noch so behandelt würde, wie damals, nach meinem Durchfall! Da würde ich ja nicht ein einziges Wort für Mühsinnig erklärt. Ein Kritiker sprach sogar die Hoffnung aus, mir recht bald wieder auf der Bühne zu begegnen! Und ein anderer ... es ist einfach unglücklich! ... der behauptete sogar: ich hätte Talent! Gewinnt hat ich vor Kadelburg! Und das habe ich mir selbst vorgenommen: von jetzt ab lese ich alle Kritiken über meine Stücke erst dreißig Jahre nach ihrem Erscheinen! Regensnoten und Meine müssen ebenfalls lagern — mit den Jahren werden sie besser! Nur etwas Geduld muß man haben!“

Ämtlicher Teil.

Auf Antrag der freien Schneidemannschaft der Amtsgerichtsbezirke Altenberg und Rauschen...

Kreisshauptmannschaft Dresden, am 10. September 1925.

Die freie Schneiderinnung Sayda und Umgegend hat die Umwandlung dieser Innung in eine...

Kreisshauptmannschaft Dresden, am 10. September 1925.

Nachdem von einer Anzahl Mitglieder der Antrag auf Errichtung einer Zwangsinnung...

Kreisshauptmannschaft Dresden, am 10. September 1925.

Über das Vermögen des Rechtsanwalts Max Emil Weisfeld...

Kreisshauptmannschaft Dresden, am 10. September 1925.

Öffentliche Sitzung des Kreisaußenrates zu Dresden...

Kreisshauptmannschaft Dresden, am 11. September 1925.

Über das Vermögen des Rechtsanwalts Max Emil Weisfeld...

Kreisshauptmannschaft Dresden, am 11. September 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Die Gesellschaft kann Anrechnungen gleicher oder ähnlicher Art erwerben...

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat...

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Verfahren eröffnet. Konkursverwalter Herr Rechtsanwalt...

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Tagung deutscher Wohnungsämter.

Aus Anlaß eines Beschlusses der Ausschüsse der Wohnung und Siedlung...

Den ersten Vortrag hielt der Direktor des Wohnungsamtes der Stadt Dresden...

Der Redner wies nach, daß nach dem gegenwärtigen Stande der Bauten...

Die Zukunft der Wohnungswirtschaft.

Der Redner wies nach, daß nach dem gegenwärtigen Stande der Bauten...

Wohnungszählung sind laufende von Haushaltungen mehr vorhanden als Wohnungen...

Den Vortrag zum neuen Mietvertragsgesetz.

Die darin beabsichtigten wichtigsten Änderungen seien zum Teil sehr einschneidender Natur...

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Wohnungszählung sind laufende von Haushaltungen mehr vorhanden als Wohnungen...

Den Vortrag zum neuen Mietvertragsgesetz.

Die darin beabsichtigten wichtigsten Änderungen seien zum Teil sehr einschneidender Natur...

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Wohnungszählung sind laufende von Haushaltungen mehr vorhanden als Wohnungen...

Den Vortrag zum neuen Mietvertragsgesetz.

Die darin beabsichtigten wichtigsten Änderungen seien zum Teil sehr einschneidender Natur...

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

Ammelbefrist bis zum 1. Oktober 1925.

